Info für die Bürgermeister:

Thema:

Kartellverfahren und Trennung des Holzverkaufes vom Staatswald zum 01.01.2019

Vorgeschichte

Seit 2001 sind die Länder mit Gemeinschaftsforstämtern (Betreuung und Holzverkauf für alle Waldbesitzarten: privat, kommunal und staatlich) im Fokus des Bundeskartellamtes. Das sind die Länder Rheinland-Pfalz, Thüringen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Das Kartellamt hat die Vermutung, dass die gemeinschaftliche Holzvermarktung für alle Besitzarten gegen kartellrechtliche Bestimmungen verstößt. Nach langwierigen Verhandlungen hat man sich 2009 darauf geeinigt, dass, unter anderem in diesen Ländern die Professionalisierung privater und kommunaler Holzvermarktungsk Kooperationen und die Unterstützung privater und kommunaler Initiativen zu kooperativer Holzvermarktung gefördert werden sollen.

In Rheinland-Pfalz wurden darauf hin 4 Holzverkaufsorganisationen für den Privatwald in der Eifel und 1 Organisation für den Kommunalwald in der Stadt Mayen eingerichtet und jährlich vom Land mit Fördermitteln unterstützt.

Damit hatte man die Forderungen des Kartellamtes erfüllt und erst einmal Ruhe, bis in 2013 das Land Baden-Württemberg durch einen Sägewerker beim Kartellamt wegen Verstoßes gegen das Kartellrecht (-Monopoolbildung-) angezeigt wurde. Daraufhin wurde Baden-Württemberg erneut geprüft und festgestellt, dass das Land die damaligen Auflagen nicht umgesetzt hatte. Mit der Folge, dass in 2016 weitere Einschränkungen für das Gemeinschaftsforstamt kamen:

- Sofortige Trennung des gemeinschaftlichen Holzverkaufes. Der Staat darf nur noch sein Holz vermarkten, Kommunen und private Waldbesitzer müssen andere Vermarktungswege gehen
- **Vorgelagerte Dienstleistungen** wie Auszeichnen der Hiebsmaßnahmen und Organisation des Holzeinschlages bis zur Polterung des Holzes an der Waldstraße und Erstellen der Holzaufnahmebücher für den Verkauf dürfen im Kommunalwald und im Privatwald nicht mehr durch staatliche Revierleiter durchgeführt werden.
- Die jährliche Betriebsplanung durch staatl. Revierleiter muss ebenfalls unterbleiben.

Baden-Württemberg hat daraufhin den Holzverkauf für andere Waldbesitzer im Sommer 2016 eingestellt. Gegen die anderen Auflagen aber vor dem Oberverwaltungsgericht in Düsseldorf geklagt.

Auf Initiative der Länder Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurde im Herbst 2016 noch eine Gesetzesänderung des Bundeswaldgesetzes § 46 Abs.1 dahin geändert, dass diese vorgelagerten Tätigkeiten von kartellrechtlichen Restriktionen freigestellt werden und somit nicht zum Verkauf zu rechnen sind.

Trotzdem hat das Oberverwaltungsgericht im Januar entschieden, dass das Land Baden-Württemberg auch diese Tätigkeiten einzustellen habe, da sie kartellrechtlich

zum Verkauf gerechnet werden. Das bedeutet das Aus für das Gemeinschaftsforstamt in den oben genannten Ländern. Bei Nichtbeachtung droht dem Land eine Strafe in Millionenhöhe. Baden-Württemberg hat gegen dieses Urteil Revision beim Bundesgerichtshof eingereicht. Die Urteilsverkündung ist im Frühjahr 2018.

Die Situation in Rheinland-Pfalz

Aufgrund der Entwicklung in Baden-Württemberg hat man sich im Sommer 2017 entschieden, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Ministeriums, des Gemeinde- und Städtebundes und dem Waldbesitzerverband zu gründen, um dem Bundeskartellamt ein Konzept zu unterbreiten, wie der Holzverkauf zukünftig in Rheinland-Pfalz gestaltet werden soll. Das schnelle Handeln war wichtig, um im Falle einer Klage eines Sägewerks wegen Verstoßes gegen das Kartellrechts Schadensersatzforderungen gegen das Land und die am gemeinsamen Holzverkauf beteiligten Kommunen abzuwenden.

Es wurde ein 10 Punktepapier entworfen und mit dem Kartellamt im Oktober 2017 abgestimmt.

Kernpunkte:

- Generelle Herauslösen des Holzverkauf für die Kommunen und des größeren Privatwaldbesitzes zum **1. Januar 2019**
- **Das Land vermarktet ab diesem Datum nur noch Holz aus dem Staatswald**
- Der nicht gewerbliche Brennholzhandel in den Kommunen bleibt beiden Kommunen
- Es werden im Land 5 Holzverkaufsorganisationen in kommunaler Trägerschaft gegründet. Diese Verkaufsorganisationen sollen jede mindestens 250.000 fm/a vermarkten und die Preise frei mit den Käufern verhandeln
- Die Verkaufsorganisationen dürfen untereinander keine Preisabsprachen treffen.
- Das Land fördert diese Einrichtungen durch Fördermittel und Gestellung von Personal, das in den Forstämtern durch Wegfall des kommunalen und privaten Holzverkaufes entbehrlich wird.
- Bestehende private Holzverkaufsorganisationen bei den Waldbauvereinen sollen bestehen bleiben und noch erweitert werden.
- Der private Waldbesitz kann sein Holz über die kommunalen Vermarktungsorganisationen mit vermarkten lassen und umgekehrt.
- Die vorgelagerten Dienstleistungen dürfen im Kommunalwald weiterhin durch staatl. Revierleiter durchgeführt werden, bis der BGH darüber entschieden hat.

Welche Organisationsform für die Verkaufsstellen gewählt wird, ist noch zu entscheiden.

Im Moment gilt es bei allen Waldbesitzern Ruhe zu bewahren und nicht im Voraus Entscheidungen zu treffen, die nachher nur schwerlich rückgängig zu machen sind.

Das Ziel von allen beteiligten Organisationen ist es, die bewährten Standards und Abläufe bei der Waldpflege und der Holzbereitstellung den waldbesitzenden Gemeinden durch Landesforsten zur Verfügung zu stellen.

Der vorgesehene Zeitplan wird den waldbesitzenden Gemeinden genügend Zeit lassen, um wohlabgewogen die richtige Entscheidung über die zukünftige Holzvermarktung zu treffen.

An der Umsetzung des Eckpunktepapiers arbeiten z.Zt. 4 Gruppen:

Gruppe 1: Prozesse und EDV- Lösungen

- Holzbereitstellung: Schnittstellen für die Holmengenübergabe an die kommen. Verkaufsorganisation
- Interne Prozesse der Holzpreisfindung, Mengenzuteilung an die Forstämter, Rechnungsstellung

Gruppe 2: Finanzierung/ Beihilferecht und Förderung

Gruppe 3: rechtliche Organisation und Personalfragen/ Standortsfrage

Gruppe 4: Terminfindung für die Vorabinformation der Waldbesitzenden Kommunen

Diese Gruppen haben das Ziel bis März 2018 Ihre Ergebnisse bekannt zugeben. Im April sollen bei zentralen Veranstaltungen in den Verkaufsregionen die nichtstaatlichen Waldbesitzer umfassend informiert werden.

Im Land werden in den 5 Regionen Multiplikatoren eingesetzt, die die Waldbesitzer über den Stand der Verhandlungen zeitnah informieren.

Für die Region Eifel sind das meine Person und der kommunaler Revierleiter, Herr Koch, von der Stadt Bitburg.

Darüber hinaus wird im Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten eine Informationsstelle für alle Waldbesitzer eingerichtet, die telefonisch Auskunft gibt.

Sollten noch Verständnisfragen bestehen, können Sie mich gerne anrufen.

gez. Bolko Haase
Forstamt Ahrweiler